

Lau, Claus

Article — Digitized Version

Wechselkursprobleme der Entwicklungsländer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lau, Claus (1961) : Wechselkursprobleme der Entwicklungsländer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 1, pp. 35-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133075>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

U M S C H A U

Wechselkursprobleme der Entwicklungsländer

Dr. Claus Lau, Hamburg

Das seit Jahren bestehende weltwirtschaftliche Ungleichgewicht, das in den akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Entwicklungsländer seinen prägnanten Ausdruck findet, ist das Hauptproblem der internationalen Handels- und Währungspolitik. Dabei kommt nicht nur allen Maßnahmen der Industrieländer entscheidende Bedeutung zu, sondern infolge der enger gewordenen internationalen Handelsverflechtung erhalten die Maßnahmen der Entwicklungsländer auf diesem Gebiet ein stärkeres weltwirtschaftliches Gewicht. Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer nimmt dabei einen wichtigen Platz ein. Mit nachstehender Untersuchung will der Verfasser einen Beitrag zur Analyse des wechselkurspolitischen Instrumentariums der Entwicklungsländer leisten.¹⁾

Wechselkurs- und Wirtschaftspolitik

Die jüngste Diskussion um die Möglichkeit einer DM-Aufwertung oder einer Dollarabwertung, die weitreichenden Folgen der Abwertung des französischen Franc im Jahre 1958 und des Pfund Sterling im Jahre 1949 haben die Bedeutung der Wechselkurspolitik hochindustrialisierter Länder deutlich werden lassen. Im allgemeinen wird dabei die konjunkturpolitische, d. h. binnennationale Bedeutung dieser Maßnahmen zu wenig gewürdigt.

Jede wechselkurspolitische Maßnahme muß um so stärker auf die Binnennationalität des anwendenden Landes zurückwirken, je größer die monetäre und güterwirtschaftliche Auslandsabhängigkeit dieser Volkswirtschaft ist. Es liegt daher auf der Hand, daß die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer eine übertragende Rolle spielen muß, weil diese im allgemeinen eine hohe gesamtwirtschaftliche Exportquote, eine große Einfuhrabhängigkeit und einen starken Kapitalimportbedarf aufweisen. Entwicklungsländer werden daher im allgemeinen häufiger zu wechselkurspolitischen Maßnahmen greifen als Industrieländer, oft auch dann, wenn die Ursache des Eingriffs binnennationale Art ist, weil diese Maßnahmen in Entwicklungsländern viel stärker zur Durchsetzung binnennationaler Ziele geeignet sind; die Wechselkurspolitik ist damit integrierender Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Die Lektüre der jährlichen Berichte des Internationalen Währungsfonds bestätigt die verhältnismäßig häufige Anwendung wechselkurspolitischer Maßnahmen in Entwicklungsländern. Nicht selten findet man unter ihnen solche,

die innerhalb eines Jahres mehrere Male die Kursrelationen änderten, und zwar nicht nur aus außenwirtschaftlichen, sondern auch aus binnennationalen Gründen.

Die Verknüpfung von außen- und binnennationalem Gleichgewicht

Der Zusammenhang beider bedarf einer näheren Erläuterung: Die moderne makroökonomische Theorie zeigt uns, daß das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht einer Volkswirtschaft nur dann erreicht sein kann, wenn sich sowohl inländische Gütermenge und inländisches Geldangebot als auch die Strömungsgrößen der Zahlungsbilanz decken. Auf eine kurze Formel gebracht ergibt sich daraus die Feststellung, daß, wenn innerhalb der Binnennationalität kein Gleichgewicht herrscht, auch die Zahlungsbilanz im Ungleichgewicht sein muß. Daraus können wir weiter schlußfolgern, daß jede Beeinflussung des inländischen Geldvolumens durch notenbank- oder finanzpolitische Maßnahmen nicht nur den Binnenwert einer Währung bestimmt, sondern auch ihren Außenwert. Eine solche interne Kredit- und Finanzpolitik ist damit also Wechselkurspolitik — im weiteren Sinne Wechselkurstabilisierungspolitik.

Hinsichtlich dieser engen Verknüpfung zwischen außen- und binnennationalem Gleichgewicht ergeben sich eine Reihe bedeutsamer Unterschiede zwischen Industrieländern einerseits und Entwicklungs- oder Rohstoffländern andererseits: In den Industrieländern wird der Konjunkturverlauf überwiegend durch Kräfte bestimmt, die aus ihren Binnennationalitäten selbst entstehen; den Entwicklungsländern werden dagegen die Schwankungen vorwiegend von außen aufgezwungen. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich die für die wirtschaftspolitische Zielsetzung wichtige Konsequenz, daß sich in den Industrieländern die Alternative, ob dem äußeren oder dem inneren Gleichgewicht die Priorität zuzuerkennen ist, gar nicht in der scharfen Akzentuierung stellt, wie dies für Entwicklungsländer zutrifft.

Mit anderen Worten: Da in den Industrieländern Konjunkturschwankungen im wesentlichen aus der Anwendung der Finanz- und Kreditpolitik entstehen und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in der Regel nicht Ursache, sondern Folge des binnennationalen ist, wird die Frage einer Herstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts — von Sonderfaktoren abgesehen — uno facto mit der Schaffung des internen Gleichgewichts gelöst.

¹⁾ Vgl. auch: Dr. Claus Lau „Die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer“, Hamburg 1961.

Die Situation in Entwicklungsländern

Bei den Entwicklungsländern liegen die Verhältnisse anders: Das Zahlungsbilanzungleichgewicht ist hier nicht Resultat, sondern determinierender Faktor des binnengesellschaftlichen Ungleichgewichts. Die Frage, welches von beiden Zielen primär realisiert werden soll, das binnengesellschaftliche oder das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, ist für sie daher eine echte Alternative. Denn die wenigsten dieser Länder können hoffen, durch die Erreichung des einen das andere bereits verwirklicht zu haben. Hinzu kommt, daß die Entscheidung für oder wider das eine oder das andere Ziel in ihrem Erfolg ständig durch außenwirtschaftliche Einflüsse, wie zum Beispiel Rohstoffpreisschwankungen, zunichte gemacht wird. Weil die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer infolge dieser Einflüsse nur einen passiven und konstatierenden Charakter trägt, erscheint sie oft von einer gewissen Inkonsistenz und Halbheit, weshalb man dann auch von einem „Kurieren am Symptom“ spricht.

Und noch ein Weiteres sollte in diesem Zusammenhang beachtet werden: die Anwendung der Wechselkurstabilisierungspolitik, d. h. aller internen finanziellen und kreditpolitischen Maßnahmen, die den Außenwert der Währung bestimmen, stößt in Entwicklungsländern auf erhebliche Schwierigkeiten. Die konsequente Durchführung einer solchen Politik, die den Ausgleich über den Preis- oder Einkommensmechanismus erzielen will, bedeutet praktisch eine Rückkehr zu den Bedingungen des Goldstandards. Es braucht an dieser Stelle nicht näher ausgeführt zu werden, warum eine solche Politik in Entwicklungsländern nicht praktikabel ist. Dies wird dann deutlich, wenn man berücksichtigt, daß zum Beispiel das „Anziehen der Kreditbremse“ gerade solche Bereiche der Gesamtwirtschaft treffen kann, die als „Leading Growth Sectors“ den Wachstumsprozeß tragen und die „Initialzündung“ für den Entwicklungsprozeß auch anderer Wirtschaftszweige auslösen sollen. Es sind genügend Beispiele dafür vorhanden, daß in Entwicklungsländern durch diese Maßnahmen die Anfänge einer Industrialisierung im Keime ersticken würden und die betroffenen Volkswirtschaften Jahre benötigen, um die Produktionsrückgänge wieder aufzuholen. Die Anwendungsmöglichkeiten des klassischen Instrumentariums der Notenbankpolitik (Diskont-, Mindestreserve- und Offen-Markt-Politik) als „Unterstützung“ der Wechselkurstabilisierung sind daher begrenzt. Dies aber auch wegen der oft fehlenden institutionellen Voraussetzungen. Gut funktionierende Geld- und Kapitalmärkte und ein ausgebildetes Bankensystem als Voraussetzungen für das Funktionieren des Mechanismus sind in der Regel in Entwicklungsländern nicht vorhanden.

Schließlich darf angemerkt werden, daß es auch in weltwirtschaftlicher Hinsicht an einer wichtigen Voraussetzung fehlt, um den Entwicklungsländern den Ausgleich der Zahlungsbilanz über den internen Preis- und Einkommensmechanismus zu erleichtern: dem „ausgleichskonformen“ Verhalten der Handelspartner. Die Anwendung einer Kontraktionspolitik im

Inland bei bestehendem Zahlungsbilanzdefizit bedeutet nämlich — was heute vielfach übersehen wird —, daß die Partnerländer mit Zahlungsbilanzüberschüssen im Inland inflationieren müssen, wenn der Ausgleichsprozeß im internationalen Handel vorstatten gehen soll. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in diesem wichtigen Punkt heute weitgehend die Voraussetzungen fehlen.

Weil die Stabilisierung des Wechselkurses durch kredit- und finanzpolitische Maßnahmen in den Binnengesellschaften der Entwicklungsländer nur unter äußersten Schwierigkeiten zu erreichen ist, verlagert sich das ganze Schwergewicht der monetären Maßnahmen auf die direkte Beeinflussung des Wechselkurses, also auf seine autonome Veränderung durch Auf- oder Abwertung, durch seine Freigabe oder seine Differenzierung. Bevor auf die Wirkungen dieser Maßnahmen näher eingegangen wird, sind die vorherrschenden Bestimmungsgrößen einer solchen Politik näher zu umreißen.

Die Auslandsabhängigkeit als wesentlicher Bestimmungsfaktor

Die Außenwirtschafts- und damit auch die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer wird im wesentlichen bestimmt durch den hohen Grad der Auslandsabhängigkeit dieser Länder. Diese findet ihren Ausdruck in:

- a. einer starken Exportabhängigkeit der Gesamtwirtschaft;
- b. einem hohen Grad der Einfuhrabhängigkeit;
- c. einem starken Kapitalimportbedarf.

Die Zahlungsbilanzen der Länder mit hohen Exportquoten sind im besonderen Maße von den Struktur- und Konjunkturveränderungen innerhalb der Weltwirtschaft abhängig; dies vor allem dann, wenn — wie in vielen Rohstoffländern — die Ausfuhr auf einer Monokultur beruht. Hohe gesamtwirtschaftliche Exportquoten haben z.B. auch die Länder Großbritannien, Schweiz und die Niederlande. Die Ausfuhr bestreitet hier einen nicht unwesentlichen Teil des Sozialprodukts. Doch besteht ein grundlegender Unterschied zwischen den Volkswirtschaften mit gleich hohen Exportquoten, jedoch verschiedenen Entwicklungsgraden darin, daß es den unterentwickelten Volkswirtschaften überhaupt nicht oder nur kaum gelingt, durch Anwendung entsprechender binnengesellschaftlicher Maßnahmen die außenwirtschaftlichen Schwankungen auszugleichen, woraus sich für die Festsetzung des Wechselkurses bestimmte Konsequenzen ergeben.

Schwankungen von Preisen und Erlösen

Zu den Schwankungen der Devisenerlöse ist zu bemerken, daß sich Exportpreise und -mengen der Rohstoffe oft in der gleichen Richtung nach oben und unten bewegen. Dies ist vorwiegend auf die Tatsache zurückzuführen, daß bei Rohstoffkäufen das spekulative Moment eine erhebliche Rolle spielt: die Käufer von Rohstoffen halten sich im allgemeinen gerade dann zurück, wenn die Preise unter Druck stehen und weitere Rückgänge erwartet werden.

Was den Schwankungsgrad selbst betrifft, so ist beobachtet worden, daß die Fluktuationen der Ausfuhrmengen im allgemeinen stärker ausgeprägt sind als die der Ausfuhrpreise. Die durchschnittliche Schwankungsbreite der Ausfuhrpreise von 25 wichtigen Rohstoffen in den Jahren 1901 bis 1950 betrug jährlich $\pm 14\%$, d. h. bei rechnerisch konstant gehaltenen Ausfuhrmengen fielen oder stiegen die Exportpreise im Durchschnitt um 14% gegenüber dem Vorjahr. Die Mengenschwankungen betragen 17% , und die Exporterlöse als Produkt aus Preis und Menge um 22% . Es bedarf keiner weiteren Vertiefung, welche besonderen Schwierigkeiten der Wechselkurspolitik hieraus erwachsen.

Kapitalimport als Ausgleichsfaktor

Auf die hohe Einfuhrabhängigkeit der Entwicklungsländer, die einen permanenten Druck auf die Zahlungsbilanz ausübt und damit eine Belastung für den Wechselkurs darstellt, braucht in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen zu werden. Es entsteht aber die Frage, ob nicht als Äquivalent für diese Belastungen der Kapitalimport der Entwicklungsländer wirken könnte. Im Zeitpunkt seiner Durchführung wirkt zwar der Kapitalimport auf die Zahlungsbilanz aktivierend, später jedoch nach Anlaufen von Amortisationen und Verzinsung passivierend. In vielen Ländern, die sich in einer schwierigen Devisenposition befinden, gelingt es oft nicht, eine zeitliche Abstimmung zwischen ausländischen Kapitalinvestitionen, Amortisationen und Verzinsung zu erreichen. Es sollte hierbei auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß in vielen Fällen die Höhe des Kapitalimports in Entwicklungsländern im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Außenwirtschaftslage und ihrem Entwicklungsgrad steht. Zusammenfassend läßt sich daher als Tendenz feststellen, daß die Schwankungen der Devisenerlöse aus Warenexporten durch Kapitalimporte nur unvollkommen — wenn überhaupt — ausgeglichen werden. Auch aus diesen Gründen hat die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer besondere, von denen der Industrieländer abweichende Probleme zu lösen.

Damit ist die Außenwirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer grob umrissen. Ihr gegenüber steht das allgemeine Ziel der Außenwirtschaftspolitik, ein „Zahlungsbilanzgleichgewicht“. Zwischen der ange deuteten Lage und dieser Zielsetzung besteht eine Diskrepanz, die durch Anwendung einer „entwicklungsorientierten“ Wechselkurspolitik überwunden werden muß. Welche Möglichkeiten und Grenzen dabei gegeben sind, ist nunmehr zu zeigen.

Möglichkeiten und Grenzen wechselkurspolitischer Maßnahmen

In den letzten Jahren hatten einige Entwicklungsländer Südamerikas flexible Wechselkurse eingeführt. Der Internationale Währungsfonds hatte bereits 1951 — veranlaßt durch den Übergang Kanadas zum freien Wechselkurs — zu dieser de-facto-Durchbrechung des in Bretton-Woods konzipierten Systems fixierter Wechselkurse seine Stellungnahme dahingehend abgegeben, daß er freie Wechselkurse

mit seinen Satzungen nicht für vereinbar halte, daß man jedoch prüfen müsse, aus welchen Gründen ein Land zu diesen Maßnahmen greife.

Flexible oder fixierte Wechselkurse

Eine Betrachtung der Außenwirtschaftslage Perus, das im Jahre 1949 zwei frei schwankende Kurse einführte, zeigt drei Gründe für die Anwendung dieser Maßnahmen: die Inflation im Inland, der damit verbundene starke Importsog und die Schwächung der Wettbewerbsposition im Export. Peru wies zu jener Zeit die typischen außenwirtschaftlichen Merkmale eines Entwicklungslandes auf: seine Exporte setzten sich hauptsächlich aus Agrar- und Bergbauprodukten zusammen; diese unterlagen außerordentlich starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Der Gesamtverbrauch an Industrieerzeugnissen im Inland mußte zu jener Zeit zu mehr als 40% durch Importe gedeckt werden. Um das externe Gleichgewicht wiederherzustellen zu können, die Devisenbewirtschaftung und die Wechselkursdifferenzierung abschaffen zu können, entschloß sich die peruanische Notenbank Ende 1949 zur Einführung eines flexiblen Wechselkurses. Ähnliche Beispiele für ein solches Vorgehen finden sich z. B. in Paraguay und Bolivien.

Welche Auswirkungen läßt nun eine solche Politik in Entwicklungsländern erwarten? Ein flexibler Wechselkurs hat den für eine unentwickelte Volkswirtschaft unschätzbaren Vorteil, daß im Inland eine dem Entwicklungsprozeß angepaßte, autonome und expansive Kredit- und Finanzpolitik getrieben werden kann, die sich zwar in einer Verschlechterung der Wechselkursrelation niederschlägt, die Leistungsbilanz aber zumindest nominell im Gleichgewicht hält. Um die Höhe des „richtigen“ Wechselkurses braucht man sich überdies keine Sorgen zu machen, denn er wird sich im Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Niveau einspielen, das den äußeren Gleichgewichtsbedingungen entspricht. Diesem Vorteil stehen jedoch negative Wirkungen gegenüber: wegen der hohen Auslandsabhängigkeit der Entwicklungsländer hat der Wechselkurs für die Binnenwirtschaft erhebliche Bedeutung. Jede seiner Schwankungen wird in viel stärkerem Maße auf inländische Wirtschaftszweige „transformiert“ als in Ländern, die diese hohe gesamtwirtschaftliche Exportquote nicht aufweisen. Durch die laufende Veränderung des Kurses befinden sich daher die inländische Produktionsstruktur und das Preisniveau in einem permanenten Zustand der Labilität. Dies kann nicht ohne ungünstige Auswirkungen auf den gesamten Entwicklungsprozeß bleiben. In nicht geringem Maße wird jedoch auch durch den frei schwankenden Wechselkurs der zwischen dem betreffenden Entwicklungsland und den Kapitalexportländern fließende Kapitalstrom gestört. Die internationale Arbeitsteilung wird dadurch beeinträchtigt, daß die „Standort-Kosten-Vergleichsrechnung“ potentieller Investoren infolge der sich ständig ändernden Kurse auf schwankendem Grund steht. Weltwirtschaftlich gesehen wird damit die Hinlenkung des Produktionsfaktors „Kapital“ an den Ort seiner produktivsten Verwendung verhindert. Ein fluktuieren-

der Wechselkurs birgt darüber hinaus ein Risiko für den Transfer von Zinsen und Amortisationen in sich, das den Anreiz, in dem betreffenden Entwicklungsland zu investieren, erheblich vermindert. Zwar sollte das Wechselkursrisiko im Verhältnis zu anderen in Entwicklungsländern vorherrschenden Risiken nicht überschätzt werden, doch immerhin verdienen diese Zusammenhänge Beachtung.

Die aufgezeigten Wirkungen des freien Wechselkurses lassen die Frage auftreten, ob es für das einzelne Entwicklungsland von Vorteil sein kann, bei einem fixierten Wechselkurs zu bleiben und diesen auch bei einem Zahlungsbilanzungleichgewicht „durchzuhalten“. Eine solche Politik würde zwar in jedem Fall den Vorteil in sich tragen, im Außenhandel stabile Verhältnisse zu schaffen, und damit auch für die Binnenwirtschaft günstige Wirkungen haben, doch sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß gerade Entwicklungsländer wegen der außerordentlich großen Schwankungen ihrer Devisenerlöse nicht immer in der Lage sein werden, einen „echten“, d. h. den wirklichen außenwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragenden Kurs zu halten. Ist aber erst ein Zahlungsbilanzungleichgewicht vorhanden und wird diesem Zustand durch keine entsprechende Korrektur des Wechselkurses begegnet, dann muß das Einströmen von Gütern und Dienstleistungen durch quantitative, d. h. marktinkonforme Maßnahmen beschränkt werden. Die Konsequenz einer Anwendung von Gegenmaßnahmen durch die industriellen Partnerländer ist dann oft unvermeidbar.

Die Notenbank eines Entwicklungslandes, das sich in einer chronischen Zahlungsbilanzkrise befindet, wird sich daher früher oder später entschließen müssen, die Wechselkursrelation den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Dies geschieht am häufigsten in Form einer autonomen Abwertung des fixierten Kurses. Die jüngste nationalökonomische Forschung hat uns über die möglichen Reaktionen einer solchen Maßnahme eine Reihe von Erkenntnissen vermittelt, deren Aussagewert für die Entwicklungsländer nicht hoch genug veranschlagt werden kann.

Die außen- und binnenwirtschaftlichen Elastizitäten

Die Wirkungen der Abwertung auf die Handelsbilanz werden im wesentlichen durch die außen- und binnenwirtschaftlichen Elastizitäten des betreffenden Landes bestimmt. Wenn auch eine erschöpfende Analyse dieser vielfältigen Aspekte im Rahmen dieses Abrisses nicht möglich ist, so sollen doch einige für die Reaktion der Handelsbilanz wichtige Punkte hervorgehoben werden:

Wesentlich für die Gesamtbetrachtung erscheint, daß jede Abwertung auf Grund der gegebenen Angebots- und Nachfrageelastizitäten über die Mengen- und Preiseffekte zu unterschiedlichen Reaktionen der Wertgrößen „Import“ und „Export“ führt. Diese Reaktion beinhaltet die Möglichkeit eines sogenannten „anomalen Verhaltens“ des Handelsbilanzsaldo nach der Abwertung. Darunter versteht man die Vergrößerung oder Entstehung eines Zahlungsbilanzdefizits

bzw. den Abbau eines Exportüberschusses, was dem Ziel der Abwertung genau entgegengesetzt ist.

Für die Reaktion des wertmäßigen Exports auf die Abwertung ist das Verhalten der ausländischen Nachfrage entscheidend. Entfällt z. B. auf das abwertende Entwicklungsland ein genügend großer Teil des Weltangebotes eines bestimmten Rohstoffes, so daß die Käuferländer kaum auf andere Lieferanten ausweichen können, so wird die Nachfrage nach dem Exportprodukt des Entwicklungslandes bei einer Wechselkursänderung verhältnismäßig unelastisch reagieren. Ebenso aber wie für das Verhalten der ausländischen Nachfrage der Marktanteil des abwertenden Entwicklungslandes innerhalb der Weltausfuhr einer betreffenden Warengruppe entscheidend ist, so ist auch der Anteil einer Warengruppe an der Gesamtausfuhr des Entwicklungslandes selbst eine wichtige Determinante. Kombiniert man beide Faktoren — geringer Weltmarktanteil und warenmäßig einseitige Struktur der Ausfuhr — miteinander, so läßt sich feststellen: Hat ein Entwicklungsland einen verhältnismäßig geringen Marktanteil und basiert gleichzeitig seine Ausfuhr auf einer Monokultur, so wird bei einer Abwertung dieses Landes der mengenmäßige Export verhältnismäßig elastisch reagieren.

Wenn man im allgemeinen von einer elastischen Nachfrage nach den Exportprodukten der Entwicklungsländer sprechen kann, so trifft dies nicht für deren Angebot zu. Bekanntlich ist gerade das Angebot von landwirtschaftlichen Produkten kurzfristig relativ starr, so daß daher mit einem unelastischen Verhalten des wertmäßigen Exports zu rechnen ist.

Für die Importseite ist im wesentlichen das inländische Nachfrageverhalten entscheidend. Hier darf man auf Grund des beträchtlichen Einfuhrbedarfs wie überhaupt wegen der generell bestehenden Einfuhrabhängigkeit mit einem unelastischen Verhalten rechnen. Der oben dargestellten Möglichkeit eines elastischen Verhaltens des Exports steht also das relativ starre Verhalten des wertmäßigen Imports gegenüber. Es liegt also durchaus im Bereich des Möglichen, daß nach einer Abwertung der Import eines Entwicklungslandes nicht ab-, sondern zunimmt. Wird schließlich durch eine solche Importzunahme die bewirkte Exportsteigerung überkompensiert, so tritt in dem abwertenden Entwicklungsland eine „anomale Reaktion“ der Handelsbilanz ein.

Ein Blick auf die Wechselkurspolitik der Entwicklungsländer im letzten Jahrzehnt zeigt eine starke Verbreitung der Wechselkursdifferenzierung. Diese stellte in vielen Fällen den Versuch der betreffenden Länder dar, die Vorteile der verschiedenen wechselkurspolitischen Systeme und Maßnahmen miteinander zu kombinieren, um daraus für den Entwicklungsprozeß optimalen Nutzen zu ziehen.

Die Einstufung einer Ware in eine höhere Kurskategorie, wie dies häufig geschah, stellt für das betreffende Gut eine Abwertung dar. Die Abspaltung eines flexiblen Kurses für bestimmte Güter läßt bei dieser die gleichen Wirkungen erwarten, die oben für den flexiblen Wechselkurs ausgeführt wurden. Man darf

daher feststellen, daß die Wirkungen der Wechselkursdifferenzierung eine Kombination verschiedener Wirkungen der einzelnen Wechselkurspraktiken (Abwertung, flexibler Wechselkurs) darstellt.

Selektive Wirkung der Wechselkursdifferenzierung

Ein Weiteres kommt hinzu: Sei es, daß die einzelnen Länder den Einheitskurs in einen Import- und Exportkurs spalten, eine Differenzierung nach Waren auf der Ein- und Ausfuhrseite vornehmen oder schließlich zwischen zwei Dritt-Länder-Währungen „unechte“ Kreuzparitäten“ (Disparate Cross Rates) festsetzen, in jedem Fall haben diese Maßnahmen das eine Ziel gemeinsam: die Zuteilung knapper Mittel (Devisen) auf eine Vielzahl unterschiedlich starker Bedürfnisse gemäß deren Priorität im Entwicklungsprozeß. Es ist also eine typische Eigenart der Wechselkursdifferenzierung, daß sie selektiv wirkt. Sie ist damit wie keine andere Art der Wechselkurspolitik besonders für eine Anwendung in Entwicklungsländern geeignet, in denen es gerade auf den „gezielten“ Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen ankommt.

Diese selektive Wirkung hat nicht nur devisenpolitische Konsequenzen, sondern sie führt auch zu einer unterschiedlichen Beeinflussung einzelner inländischer Produktionszweige, und zwar sowohl der einfuhrt- wie der ausfuhrabhängigen: Einfuhrseitig werden diejenigen Produktionszweige geschützt, deren importierte Konkurrenzgüter mit höheren Kursen als andere Waren belastet sind; auf der Ausfuhrseite werden bestimmte Industriezweige durch Festsetzung höherer Kurse gegenüber anderen subventioniert. Eine solche differenzierende Kurspolitik wird sich ständig darüber Rechenschaft abzulegen haben, ob nicht durch die unterschiedliche Beeinflussung der einzelnen Produktionszweige eine ökonomisch ungerechtfertigte, künstliche Verzerrung der Produktionsstruktur und damit eine für den Entwicklungsprozeß nachteilige Wirkung ausgelöst wird. Dies gilt nicht zuletzt auch hinsichtlich der Investitionsentscheidungen: Wird durch ein differenziertes Wechselkurssystem eine Verfälschung der komparativen Kostenvorteile bewirkt, so kann dies zu Fehlentwicklungen des anlage suchenden Kapitals führen.

Strukturreform und Wirtschaftsexpansion

I. am Beispiel des Rueff-Armand-Berichtes

Alfred Frisch, Paris

Zwei Initiativen aus jüngster Zeit lenken die Aufmerksamkeit auf die Zusammenhänge zwischen industrieller Struktur und wirtschaftlicher Expansion. Bei der einen handelt es sich um eine von der französischen Regierung veranlaßte gründliche Untersuchung aller unberechtigten Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung durch einen hochqualifizierten Sachverständigenausschuß, der sich seinerseits für die einzelnen Fragen die Mitarbeit bester Kenner der Verhältnisse sicherte. In dieser Arbeitsgruppe waren sowohl Vertreter der liberalen wie auch der dirigistischen Tendenzen vertreten, Universitätsprofessoren ebenso wie hohe Beamte, Industrielle und Gewerkschaftler. Den Vorsitz führten gemeinsam die beiden bekannten französischen Wirtschaftssachverständigen Jacques Rueff und Louis Armand. Es ist bemerkenswert, daß dieses Gremium alle seine Beschlüsse einstimmig faßte und ebenso einmütig zu der Erkenntnis gelangte, daß die sachlichen Erfordernisse unabhängig sind von doktrinären oder ideologischen Überzeugungen, zumal die zu beseitigenden Mißstände sehr verschiedenartige Ursachen besitzen und keineswegs die klar erkennbaren Früchte der einen oder anderen wirtschaftlichen Doktrin sind.

Die zweite Initiative verdankt man der Föderation der belgischen Industriellen, die in einer Denkschrift ihre Mitglieder und die Regierung auf die Notwendigkeit einer strukturellen Umgestaltung der belgischen Wirtschaft hinwies. Diese Umgestaltung ist sowohl zur Überwindung der Kohlenkrise wie auch zur Anpassung Belgiens an den Gemeinsamen Markt und an eine mit den Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts

nicht mehr vergleichbare Weltwirtschaft notwendig. Die belgische Denkschrift begnügt sich weitgehend mit allgemeinen Erwägungen und besitzt daher eine geringere Tragweite als der sehr gründliche französische Bericht. Sie ist aber trotzdem bemerkenswert, weil Belgien bisher glaubte, auf jede Wirtschaftslenkung und Planung verzichten zu können, und weil es dort gerade industrielle Kreise sind, die sich verpflichtet fühlen, die Regierung um ihre orientierende Intervention zu ersuchen, da sie feststellen mußten, daß die strukturelle Umgestaltung des Wirtschaftsapparates ohne diese Intervention der öffentlichen Hand nicht mehr möglich ist.

Zwei Gründe für einen Strukturwandel der europäischen Wirtschaft

Bevor im folgenden der französische Bericht etwas eingehender erläutert wird, sei festgestellt, daß die gesamte europäische Wirtschaft sich aus zwei Gründen mit dem Gedanken eines Strukturwandels vertraut machen muß. Den ersten Anstoß bildet die Veränderung der internen Konkurrenzverhältnisse durch die Schaffung größerer Wirtschaftseinheiten, die ihrerseits mit neuen industriellen Größenordnungen verbunden sind und außerdem keine Bremskraft nationaler Art zulassen. Solange die Märkte voneinander durch Zollmauern getrennt waren, konnte man sich nicht wenige strukturelle Unebenheiten im nationalen Rahmen leisten. Es war ja gerade Aufgabe der Zölle, hierfür einen Ausgleich zu schaffen. Die Beseitigung des Protektionismus zwingt daher eine gründliche Reinigungskur auf. Der zweite Anstoß ist noch wichtiger und gleichzeitig in mancher Beziehung